

Joachim Roth

Peru im Jahre 1997

Die blutige Beendigung des Geiseldramas in der japanischen Botschafterresidenz in Lima vom April 1997 zog die internationale Aufmerksamkeit auf die Erfolge, aber auch die Mißerfolge der autokratischen Regierung Perus. Ein kurzfristiges Ansteigen der Zustimmungsrates für Alberto Fujimori lenkte damals nur kurz den Blick von den massiven Verfehlungen ab, derer sich die Regierung schuldig gemacht hat und weiterhin macht. Repressalien gegenüber Fernsehsendern, die rechtswidrige Aberkennung der peruanischen Staatsbürgerschaft des kritisch berichtenden Medieneigners Baruch Ivcher, die Enthüllung der skandalösen Machenschaften der Geheimdienste sowie die Amtsenthebung der Verfassungsrichter, die sich einer zweifelhaften Selbstermächtigung Fujimoris widersetzen, werfen ein trauriges Bild auf den Führungsstil des Präsidenten, dessen persönliche Integrität auch durch Erfolge in der Drogen- und Terrorismusbekämpfung kaum gerettet wird. Fujimori versucht indes, durch die Ankündigung von Hilfsmaßnahmen im Wirtschafts- und Sozialbereich von den Mißständen abzulenken – ein Schritt, der angesichts der Armut im Land und dem Erstarken der Opposition kaum zu überzeugen vermag.

Peru erlebte von Dezember 1996 bis April 1997 das Trauma der Geiselnahme in der Residenz des japanischen Botschafters in Lima durch Mitglieder der Terrorgruppe MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru). Nach der Befreiung der Botschaftsresidenz am 22. April 1997, bei der eine Geisel und alle Geiselnahme ums Leben kamen, sahen sich jene in ihren Erwartungen enttäuscht, die glaubten, daß nun eine konfliktfreie Periode bevorstehe.

Die Zeit von Mai bis August des Jahres 1997 war eine ausgesprochene Krisenphase. In unmittelbarer Folge sorgten Ereignisse wie die beispiellose und fadenscheinig begründete Amtsenthebung von drei Verfassungsrichtern, eine Folteraffäre des militärischen Geheimdienstes, Übergriffe und Einschüchterungsversuche gegen Journalisten, ein Telefonabhörskandal und die Aberkennung der peruanischen Staatsangehörigkeit im Falle Baruch Ivchers, des Mehrheitseigners eines kritischen Fernsehsenders (Canal 2) für eine Skandalstimmung, die zum ersten Mal seit dem Regierungsantritt im Jahr 1990 die Regierung Alberto Fujimoris ernsthaft in Bedrängnis brachte. Die Frage, wer denn eigentlich die Politik bestimme, wurde vor dem Hintergrund der immer offensichtlicheren Aktivitäten der Geheimdienste und der Gruppe um den Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs in der Öffentlichkeit gestellt. Damit wurde die Autorität des Präsidenten angezweifelt. Der Eindruck, daß es hier Mängel gebe, blieb nicht ohne Konsequenzen.

1997 fanden erneut zwei Kabinettsumbildungen statt. Mittlerweile wurde seit dem Beginn der zweiten Amtszeit der Regierung Fujimori im August 1995 insgesamt sechs Mal die Regierung umgebildet. Die letzte Kabinettsumbildung wurde aufgrund des Rücktritts von Außenminister Tudela notwendig, der durch seine Entscheidung die Konsequenzen aus dem Fall Baruch Ivcher, den wiederholten Übergriffen gegen Vertreter der Medien und der Telefonabhörsaffäre zog. Glaubt man den periodisch durchgeführten Umfragen, dann befindet sich Alberto Fujimori auf dem absoluten Tiefststand hinsichtlich der Zustimmung zu seiner Amtsführung, die auf unter 40 Prozent gesunken ist. Wie beim Präsidenten überwiegt, wenn man von dem neuen Außenminister

absieht, bei allen Kabinettsmitgliedern die Ablehnung. Bedenklich erscheinen insbesondere Meinungstendenzen, die in der Mehrheit zum Ausdruck bringen, kein „Vertrauen mehr in das Wort des Präsidenten“ zu haben.

Die Straße wurde zum Ort der Manifestation öffentlicher Unzufriedenheit. Lima sah seit Anfang der neunziger Jahre, als Reaktion auf die Amtsenthebung der drei Verfassungsrichter, die größte Massendemonstration gegen die Fujimori-Regierung und ihre Kongreßmehrheit. Dieser Reaktion schlossen sich mehrere Provinzhauptstädte an. Auch angesichts des Falls Baruch Ivcher gab es Protestdemonstrationen.

Wenn man von den Hauptzügen der politischen Entwicklung einerseits absieht, vor allem der fortgesetzten Machtkonzentration in der Exekutive und einem stark zentralistisch-autoritär geprägten Regierungsstil, der kontinuierlich versucht, die dezentralen Verwaltungsstrukturen, die Kommunen, zu schwächen, so bieten andererseits die wirtschaftliche Entwicklung und die kurz- bis mittelfristig bemessene Zukunft gute Perspektiven. Peru ist es gelungen, durch Vereinbarungen mit seinen internationalen Gläubigern ein auf dem Brady-Plan basierendes Schuldenregelungsabkommen zu schließen, und auch mit seinen Kreditgebern des Pariser Clubs ist eine Einigung erzielt worden. Ende Juni 1997 konnte durch eine Übereinkunft mit den Mitgliedern des Andenpakts die vollwertige Mitgliedschaft in der neu konstituierten andinen Gemeinschaft nach einer monatelangen Austrittsdrohung doch noch überraschend vollzogen werden. Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizit haben sich durch steigende Exporttätigkeit bei wachsendem Anteil nichttraditioneller Waren verringert, die Inflation ist erstmals seit Jahrzehnten einstellig, die Wachstumsprognosen bis zum Jahr 2000 gehen von Steigerungsraten zwischen fünf und sechs Prozent aus und bis zum Jahr 2002 werden von der Regierung ausgeglichene Werte in der Handels- und Leistungsbilanz erwartet.

All diese positiven wirtschafts- und finanzpolitischen Nachrichten dürfen jedoch über den folgenden Sachverhalt nicht hinwegtäuschen: Auch im sechsten Jahr positiven Wirtschaftswachstums ist es nicht gelungen, die Arbeitsplätze, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung dringend benötigt werden, zu schaffen. Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut werden von der überwiegenden Mehrheit der Peruaner als die Kardinalprobleme des Landes empfunden. Der Privatisierungsprozeß hat die Einkommensschere zwischen arm und reich noch weiter als zuvor auseinanderklaffen lassen. Nach einer UNDP-Studie müssen 49,4 Prozent der Bevölkerung – das entspricht zwölf Millionen Peruanern – mit weniger als einem US-Dollar pro Tag ihren Unterhalt bestreiten. Zudem ist es der angeblich neoliberal eingeschworenen Regierung Fujimori nicht gelungen, die durch den Privatisierungsprozeß beabsichtigte Stärkung des Wettbewerbs zugunsten der Konsumenten durchzusetzen.

Trotz nennenswerter Erfolge bei der Drogenfahndung, der Reduzierung der Kokaanbaufläche und ermutigender Anzeichen für die Anbausubstituierung, die durch die historischen Tiefstpreise für Kokablätter und -paste begünstigt wird, ist Peru nach wie vor der weltgrößte Kokaproduzent. Kopfzerbrechen bereitet der rapide Anstieg der Kriminalität speziell in der Hauptstadt, aber auch in den Provinzen, eine Tendenz – die seit 1993 zu beobachten ist. Nach letzten statistischen Vergleichswerten für Lima werden pro Tag etwa 600 Straftaten begangen. 1993 waren es 350 und 1992 105 Straftaten pro Tag.

Der Terrorismus, jahrelang die Geißel Perus, konnte trotz der Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz spürbar zurückgedrängt werden. Von einer Befriedung des Landes zu sprechen ist allerdings in Anbetracht regional konzentrierter Terroraktivitäten des Sendero Luminoso und der drastischen Zunahme der konventionellen Kriminalität verfrüht. Die extrem ungleiche Einkommensverteilung Perus läßt auch für die Zukunft soziale Spannungen unvermeidlich werden, falls keine erkennbaren Fortschritte in der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Armen erzielt werden können. Als arm werden 50 Prozent der Peruaner eingestuft.

Die politischen Hauptereignisse

Das Ende der Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz

Am 22. April 1997 begann am Nachmittag die Erstürmung der japanischen Botschaftsresidenz durch Eliteeinheiten der peruanischen Streitkräfte, die damit das 126 Tage andauernde Geiseldrama beendeten. In der Operation 'Chavin de Huantar' (archäologische Fundstelle in Peru mit extensiven Tunnelverbindungen) gelang es 140 Soldaten, durch das Aufsprengen von drei unterschiedlichen Zugängen 71 der 72 Geiseln in der bisher erfolgreichsten Geiselbefreiungsaktion zu retten. Das Kommando, das 30 Stunden in dem für die Befreiungsaktion angelegten Tunnel auf den Einsatz gewartet hatte, konnte zehn Minuten vor der Erstürmung Kontakt zu den Geiseln aufnehmen und diese über die bevorstehende Aktion informieren. Bei der Erstürmung kamen Carlos Giusti, Richter am Obersten Gerichtshof, und zwei Soldaten ums Leben. Der peruanische Außenminister Tudela, der mit Schußverletzungen im Bein in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, verdankte sein Leben Juan Valer Sandoval, dem Einsatzleiter, der sich zwischen den Außenminister und einen auf ihn feuern Terroristen warf und mit seinem Körper die tödlichen Geschosse abfing.

Die Entscheidung zur Erstürmung der Botschaftsresidenz wurde nach offiziellen Angaben zu dem Zeitpunkt gefällt, als der Anführer des MRTA, Cerpa Cartolini, nur noch eine eingeschränkte und unzureichende ärztliche Versorgung der Geiseln zuließ. Der Zeitpunkt des Einsatzes wurde auf die Minute genau kalkuliert. Durch Wärmesichtgeräte konnte der Aufenthalt von Geiseln und Terroristen im Inneren der Residenz verfolgt werden. Der Überraschungsangriff erfolgte um 15.23 Uhr, während sich eine Gruppe von Terroristen im Erdgeschoß durch Tischfußball ablenkte. Keiner der Terroristen wurde lebend gefangen genommen. Nach Augenzeugenberichten sollen die meisten der MRTA-Angehörigen – darunter 13 Jugendliche im Alter von 17 bis 22 Jahren, zum großen Teil Analphabeten – Einschüsse am Kopf aufweisen. In diesem Zusammenhang kursierten schnell Gerüchte, nach denen das Kommando den Befehl zur Exekution der Terroristen erhalten hatte; Behauptungen, die von Präsident Fujimori dementiert wurden. Zu dem Gerücht, daß Terroristen, die sich bereits ergeben hatten, exekutiert worden seien, trug auch die erste Äußerung des befreiten Agrarministers Rudolfo Munante bei, der dem Vertreter einer amerikanischen Pressagentur sagte, er habe beobachten können, wie sich Terroristen mit erhobenen Händen ergeben hätten, eine Auskunft, die er später vehement dementierte. Die *New York Times* berichtete folglich „vom Befehl zu töten“.

Unmittelbare Konsequenzen der Geiselaffäre

Durch die Entscheidung zum Sturm auf die japanische Botschaftsresidenz riskierte Alberto Fujimori, dessen Regierung zum Zeitpunkt der Geiselaffäre die niedrigsten Zustimmungswerte registrierte und gleichzeitig mit der Folteraffäre des militärischen Geheimdienstes konfrontiert war, sein nationales und internationales Ansehen als Staatsoberhaupt. Die Tatsache, daß bei der Befreiung keine japanischen Geiseln ums Leben kamen, ließen die Reaktionen aus Tokio, trotz der unterlassenen Abstimmung, wohlwollend und erleichtert ausfallen. Die Lage wäre sehr wahrscheinlich eine andere gewesen, falls japanische Opfer zu beklagen gewesen wären. Fujimori ist zweifellos nach der erfolgreichen Geiselbefreiung den Militärs und dem Geheimdienst noch mehr als bisher verpflichtet.

Die Zustimmungswerte für Alberto Fujimori verzeichneten nach der erfolgreichen Befreiungsaktion, wie nicht anders zu erwarten, einen kurzfristigen Schub von fast 20 Punkten. Wenn man den Umfrageergebnissen Glauben schenkt, erreichte Fujimori für seine Regierung eine Zustimmungsrate von 74 Prozent gegenüber 45 Prozent vor der Befreiungsaktion. Allerdings bewegten sich die Zustimmungswerte relativ schnell wieder nach unten. Eine Umfrage, die die Zeitschrift *La República* nur zwölf Tage nach dem Ende der Geiselaffäre veröffentlichte, weist für die Regierung eine Zustimmungsrate von 58 Prozent auf.

Als positive Bilanz für die zukünftigen Beziehungen Perus zu Japan sind die in Aussicht gestellten Kooperationsangebote im Bereich der internationalen Zusammenarbeit zu werten. Der Erfolg der Geiselbefreiung führte zur Freigabe eingefrorener Mittel und zur Zusage verstärkter Hilfe und größerer Beteiligung japanischer Firmen im

peruanischen Entwicklungsprozeß. Der Dank des japanischen Volkes an Peru wurde von Premierminister Hashimoto persönlich während eines offiziellen Besuches im Mai zum Ausdruck gebracht.

Anschuldigungen gegen den Geheimdienst und Vladimiro Montesinos

Am 13. April 1997 wurde die Öffentlichkeit im Programm 'Contrapunto' des Fernsehsenders Canal 2 über die Foltertätigkeit des militärischen Geheimdienstes, die sich gegen eigene Mitarbeiter richtete, informiert. Die Enthüllungen sorgten seitdem für Empörung und Aufsehen in der nationalen Presse und veranlaßten den Präsidenten, persönlich beim Geheimdienst zu intervenieren.

Nach den Berichten des Fernsehsenders handelte es sich bei den Opfern der Folterungen um zwei weibliche Mitarbeiter, die angeblich in Kontakt mit den Medien standen, um Informationen über die Tätigkeiten der Geheimdienstgruppe 'La Colina', die für die Massaker im Fall La Cantuta und Barrios Altos verantwortlich war, weiterzuleiten. Die Informationen galten, wie es heißt, einer Kampagne des Geheimdienstes zur gezielten Einschüchterung von Oppositionspolitikern und kritischen Journalisten. Ziele dieser Kampagne sollten u.a. die Herausgeberin der Zeitung *La República*, Mitarbeiter des Fernsehsenders Canal 2, der ehemalige Wirtschaftsminister Alan Garcias, ein Journalist aus Junin und der Abgeordnete Javier Diéz Canseco sein. Sie wurden entweder mißhandelt oder mit Gealt bedroht.

Die Anschuldigungen gegen den Geheimdienst wurden von einer gefolterten Mitarbeiterin nach ihrer Einlieferung in ein Militärkrankenhaus gemacht und richteten sich direkt gegen führende Geheimdienstoffiziere, die an der Anordnung und Ausführung der Folter beteiligt waren. Im Fall der Geheimdienstmitarbeiterin Leonor La Rosa Bustamante konnten sich Kongreßabgeordnete und der Ombudsmann trotz Zugangsschwierigkeiten zum Militärkrankenhaus in persönlichen Gesprächen von dem Leid des Opfers überzeugen und die im Zusammenhang der Folterung vorgebrachten Anschuldigungen zur Kenntnis nehmen. Etwa zur selben Zeit wurden die sterblichen Überreste einer mit Leonor de la Rosa befreundeten Agentin, Mariella Lucy Barreto, die nach gerichtsmedizinischen Angaben zwischen dem 22. und 29. März 1997 ermordet wurde, in einem limenischen Vorort gefunden. Der bis zur Unkennlichkeit verstümmelte Körper war ohne Hände und Kopf in mehreren Plastikbeuteln längs einer Durchgangsstraße deponiert worden und wurde von Kindern gefunden.

Im Kreuzfeuer der Kritik steht, und dies nicht zum ersten Mal, der starke Mann des Geheimdienstes und persönliche Berater des Präsidenten, Vladimiro Montesinos, der bereits Anfang des Jahres im Zusammenhang mit Narkoschutzgeldzahlungen an seine Adresse im Rampenlicht stand, jedoch weder vom Kongreß noch von der Justiz belangt wurde. Auch bei den neusten Anschuldigungen gegen Montesinos, der permanent die Existenz der Colina-Gruppe im Geheimdienst bestritt, stellte sich der Präsident sofort demonstrativ hinter seinen zwielichtigen Geheimdienstberater und bekundete, er lege seine Hände für Montesinos ins Feuer. Beschuldigungen gegen Montesinos scheinen bei der Regierung regelmäßig eine geschlossene Abwehrfront entstehen zu lassen, die vom Präsidenten über den Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs bis zu den Abgeordneten der Regierungsmehrheit im Kongreß reicht.

Daß sich Montesinos seine angeblichen Verdienste um Peru großzügig vergüten läßt, darauf scheinen Hinweise zu deuten, die der Fernsehsender Canal 2 unlängst verbreitete. Die Angaben basieren auf Dokumenten der Steuerbehörde SUNAT und bescheinigen dem Geheimdienstberater einen verblüffenden Einkommensanstieg zwischen 1993 und 1995 (1993: 20.439 Soles, 1994: 493.600 Soles und 1995: 1.600.000 Soles (ca. 700.000 US-Dollar)). Nach der Veröffentlichung der Einkommen Montesinos und der Nachricht über Folterungen im Geheimdienstmilieu ergingen an den Fernsehkanal diverse Drohungen per Telefon und wie zufällig eröffnete die Steuerfahndung eine Untersuchung gegen den Privatsender.

Während die Vorwürfe gegen Montesinos immer zahlreicher und schwerer wurden, setzten sich Zweifel an der Kompetenz des Geheimdienstes durch, der die Geiselnahme in der japanischen Botschaftsresidenz nicht hatte ver-

hindern können. Insgesamt wird jetzt die Effektivität des Geheimdienstes bei der Terrorismusbekämpfung in Frage gestellt. Bis heute wurden keinerlei Ergebnisse im Entführungsfall des Ex-Generals Robles oder im Fall des Anschlages gegen den Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, Dr. Ricardo Nugent, vorgelegt. In all diesen Vorfällen scheint man darauf bedacht zu sein, die Ermittlungen zu verschleppen, um im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit der Menschen Zeit zu gewinnen.

Die Auffassung, daß die Tätigkeit der Sicherheits- und Geheimdienstkräfte der Befriedung des Landes dienen, dürfte durch die Folteraffäre erschüttert worden sein. Daß der Geheimdienst gegen die nationale Opposition eingesetzt werde, wurde zwar vermutet, eindeutige Beweise gab es bis dato jedoch nicht. Vom Kongreß ist in der Sache keine Hilfe zu erwarten. In der üblichen Servilität gegenüber der Exekutive wurde durch die Regierungsmehrheit die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Fall der Folterungen verhindert und die Untersuchung der Militärgerichtsbarkeit überlassen. Daß von dieser Instanz trotz der Ankündigung des Präsidenten, „diese Bar-barei uneingeschränkt aufzuklären“, keine Anstrengungen ausgehen, die zur lückenlosen Aufklärung beitragen werden, ist zu befürchten. Die Verfahren in den Fällen La Cantuta und Barrios Altos legen dafür hinreichend Zeugnis ab.

Übergriffe gegen die Medien

Der Anlaß für die Folteraffäre war, wie erwähnt, die unautorisierte Kontaktaufnahme der Agentinnen zu Vertretern der Medien, um Informationen über einen angeblichen ‘Plan Bermuda’ zur gezielten Einschüchterung der Medien weiterzuleiten.

Die Interamerikanische Pressegesellschaft hatte in einem Schreiben an Alberto Fujimori auf die diversen Übergriffe auf Medienvertreter hingewiesen und im Interesse der Meinungs- und Pressefreiheit in Peru zur lückenlosen Aufklärung der Vorkommnisse aufgerufen.

Zu den Beispielen zählen neben angeblich durch gewöhnliche kriminelle Elemente, so die offizielle Regierungsversion, ausgeübte Überfälle auf verantwortliche Medienvertreter wie zeitlich begrenztes Kidnapping mit Exekutionsritualen und physischer Mißhandlung Einschüchterung per Telefon, die Beauftragung der Steuerfahndung und als Kulminationspunkt ein Sprengstoffanschlag gegen eine Fernsehsendeeinrichtung von Global TV. Opfer physischer und psychischer Gewalt waren Gines Barrios von dem Radiosender Junin sowie Blanca Rosales und Juan de la Puente von der Zeitung *La República*.

Der Besitzer des Radiosenders Radio Miraflores, Ricardo Palma, wurde gegen sechs Uhr morgens verhaftet, weil die Strafgerichtskammer auf unerklärliche Weise eine Anordnung zu persönlichem Erscheinen in einen Haftbefehl verwandelte. Beim Fernsehkanal Frecuencia Latina wurde neben der Androhung einer Steuerfahndung ein faden-scheiniges Strafverfahren gegen den Hauptaktionär eröffnet.

Der Fall Baruch Ivcher – Versuch der Gleichschaltung eines kritischen Fernsehsenders

Baruch Ivcher, ein in Peru naturalisierter Israeli, wurde in seiner Funktion als Hauptaktionär von Frecuencia Latina in einem öffentlichen Kommuniqué der Vereinigten Stabchefs der Streitkräfte bezichtigt, die Meinungsfreiheit durch den Sender zu mißbrauchen und die Institution Streitkräfte in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Nun ist die Verärgerung der allmächtigen Militärs über Frecuencia Latina verständlich, da der Sender diverse Korruptionsfälle und Verstöße gegen die Menschenrechte bei den Sicherheitskräften an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Zudem war es Frecuencia Latina, die die Steuererklärungen des Geheimdienstchefs Montesinos über den Äther verbreitete.

Fujimori ging in seiner Eröffnungsansprache zum OAS-Gipfeltreffens in Lima Anfang Juni zum Gegenangriff über. Er behauptete, daß Teile der Medien sich dazu benutzen ließen, Korruptionsfälle zu verdecken und Diffamierungskampagnen gegen die peruanischen Streitkräfte durchzuführen.

Dem öffentlich geäußerten Wunsch des amerikanischen Botschafters, Alberto Fujimori möge doch seine Behauptungen präzisieren, wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden des peruanischen Kongresses und Fujimori-Vertrauten Torres y Torres Lara mit der Aufforderung, sich nicht unaufgefordert in die inneren Angelegenheiten Perus einzumischen, eine brüske Abfuhr erteilt.

Daß es sich bei den Beteuerungen der Fujimori-Regierung vom Mai und Juni 1997, die Presse- und Meinungsfreiheit uneingeschränkt garantieren zu wollen, nur um Lippenbekenntnisse handelte, davon legt die Vorgehensweise gegen den Mehrheitseigner des Fernsehkanals Frecuencia Latina, Baruch Ivcher, Zeugnis ab. Der Fall Baruch Ivcher ist ein eindeutiges Zeichen dafür, daß die repressive Tendenz der Fujimori-Regierung nicht, wie viele gehofft hatten, mit der Amtsenthebung der Verfassungsrichter ein Ende fand.

Durch eine behördliche Anordnung, die vom Generaldirektor für Einwanderungs- und Einbürgerungsangelegenheiten, einem Polizeiobersten, am 11. Juli 1997 unterschrieben und am 13. Juli veröffentlicht worden war, wurde dem 1984 per Präsidialerlaß eingebürgerten Israeli Baruch Ivcher die peruanische Staatsangehörigkeit wegen einer Rechtswidrigkeit bei ihrem Erwerb aberkannt. Baruch Ivcher wird vorgeworfen, daß er angeblich nicht bei Annahme der peruanischen auf seine israelische Staatsangehörigkeit verzichtet habe.

Abgesehen davon, daß das Verfahren zur Rückgängigmachung der Einbürgerung durch behördliche Anordnung fundamentalen Rechtsprinzipien widerspricht, ist die Aberkennung der Staatsangehörigkeit im Grunde nur der Hebel zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse unter den Anteilseignern des Fernsehkanals Frecuencia Latina. Ziel der Regierung und des inneren Kreises der Macht um Vladimiro Montesinos und den Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, General Hermoza Rios, ist die Erlangung der Kontrolle über den Fernsehsender, der im ersten Halbjahr 1997 durch spektakuläre Enthüllungen wiederholt im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stand.

Die Veröffentlichung der behördlichen Anordnung erschien am 13. Juli 1997 in der Sonntagsausgabe des Amtsblatts *El Peruano*, kurz nachdem Frecuencia Latina in seiner Sendung 'Contrapunto' Tonträger vorgestellt hatte, auf denen 197 Telefongespräche von Politikern und Medienleuten aufgezeichnet waren; nach 'Contrapunto' sollen die Aufzeichnungen durch Mitarbeiter des Geheimdienstes am 18. Juni 1997 zusammengestellt und an Vladimiro Montesinos weitergeleitet worden sein. Unter den abgehörten Personen befinden sich neben Verfassungsrichtern Oppositionspolitiker und Journalisten, auch Angehörige der Regierungsmehrheit im Kongreß und der kurz nach Bekanntwerden der behördlichen Anordnung in Sachen Staatsangehörigkeit gegen Baruch Ivcher zurückgetretene Außenminister Francisco Tudela.

Die Aberkennung der peruanischen Staatsbürgerschaft zwingt Baruch Ivcher, seine Anteile an dem Fernsehsender zu veräußern, da in Peru kein Ausländer Besitzer eines Medien- oder Kommunikationsunternehmens sein darf.

Die Aberkennung der peruanischen Staatsbürgerschaft widerspricht der im Artikel 2 Abs. 21 der peruanischen Verfassung von 1993 verankerten Garantie, daß „[die Staatsangehörigkeit] niemandem aberkannt werden kann“, und der Vorschrift gemäß Artikel 53, daß eine Entlassung aus der peruanischen Staatsangehörigkeit nur durch „Antrag auf Aufgabe vor peruanischen Behörden“ erfolgen kann.

Reaktionen auf den Fall Baruch Ivcher

Als wohl spektakulärste Reaktion erfolgte der sofortige und unwiderrufliche Rücktritt des Außenministers Francisco Tudela. Obwohl dieser Schritt unter Angabe von persönlichen Gründen erfolgte, ist der Anlaß in der Zuspitzung des Falls Baruch Ivcher zu sehen.

Fujimori, der noch am 12. Juli während einer Rede in Iquitos auf den absoluten Vorrang der Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit in Peru unter seiner Regierung verwiesen hatte, bezichtigte die Opposition einer gezielten Kampagne zur Diskreditierung der Regierungspolitik. Im Fall Baruch Ivcher soll die Judikative eine entsprechende Überprüfung durchführen. Anschuldigungen gegen den Geheimdienst bei der Ausführung der Telefonüberwachung wies der Präsident vehement von sich und wies auf die Tatsache hin, daß jede Privatperson für 30.000 bis 40.000 Dollar in Miami Abhörgeräte besorgen könne.

Die Reaktion aus den USA ließ nicht lange auf sich warten. Wie schon vorher zur Amtsenthebung der Verfassungsrichter, der Folterung der Geheimdienstmitarbeiterin La Rosa und der Übergriffe gegen Mitarbeiter der Medien meldete sich zuerst der amerikanische Botschafter zu Wort. Dennis Jett bezeichnete das Vorgehen gegen den Fernseher und seinen Mehrheitseigentümer als Risiko für das Bild Perus im Ausland. Potentielle Investoren könnten durch einen negativen Eindruck hinsichtlich der Verlässlichkeit des Rechtsstaates von einem Engagement Abstand nehmen, eine Befürchtung, die übrigens von den peruanischen Unternehmerverbänden in einer gemeinsamen Stellungnahme geteilt wurde. Wie bereits zuvor wurde durch den Botschafter auf die Verletzung des Rechtsstaates in Peru verwiesen. Die amerikanische Regierung charakterisierte das Verhalten gegen Baruch Ivcher sogar als 'Test-fall' für die Demokratie unter der Regierung Fujimori.

Die öffentliche Reaktion in Form von Protesten folgte spontan. Vor dem Sender Frecuencia Latina versammelten sich bis zu 3000 Personen, die, von Oppositionspolitikern begleitet, für die Presse- und Meinungsfreiheit demonstrierten. Das Vorgehen der Regierung Fujimori hatte für die zweite öffentliche Protestwelle in der Hauptstadt nach der Reaktion auf die Amtsenthebung der drei Verfassungsrichter gesorgt. Den Demonstranten gelang es sogar, in das durch Polizeikräfte abgeriegelte historische Stadtzentrum vorzudringen, um ihren Forderungen vor dem Präsidentenpalast Gehör zu verschaffen.

Der Bericht zur Lage der Nation

Die Ansprache zum Nationalfeiertag am 28. Juli 1997, die eine Kombination zwischen Bericht zur Lage der Nation und Ausblick auf die nächsten zwölf Monate ist, legte das Hauptaugenmerk auf ökonomische und einige soziale Aspekte. Die politische Situation, die durch die zahlreichen Krisen ab April 1997 und durch Instabilität geprägt ist, wurde nur eingangs lapidar mit dem Hinweis bedacht, daß die „konfuse politische Situation“ nicht mit der im Aufwind befindlichen wirtschaftlichen Situation übereinstimme. All diejenigen, die sich weitergehende Hinweise oder Vorschläge zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Institutionen und in die Gewaltenteilung erhofften, warteten vergebens.

1998 wurde für Peru als entscheidendes Jahr in der weiteren Entwicklung bezeichnet. Unter Akzentuierung der Regierungserfolge seit 1990 im wirtschaftlichen Bereich und bei der Armutsbekämpfung soll der eingeschlagene Kurs weiterverfolgt werden. Dies bedeutet, die Armutsbekämpfung „mit Kreativität“ – weitere Erläuterungen, was hierunter zu verstehen sei, erfolgten nicht – und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die „zurecht von den Peruanern eingefordert werden“, durch reales und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Die konkreten Schritte im sozialen wie wirtschaftlichen Bereich, die unmittelbar umgesetzt werden sollen, sind die folgenden:

- Anhebung der öffentlichen Gehälter um 15 Prozent; der öffentliche Sektor war über mehrere Jahre hinweg bei Inflationsanpassungen nicht bedacht worden. Diese Maßnahme, die den Haushalt mit schätzungsweise 500 Millionen Soles (ca. 190 Millionen US-Dollar) belastet, wurde als vorweihnachtliches Geschenk bezeichnet

und sollte sicherlich die immer lauter und kritischer werdenden Stimmen derjenigen abschwächen, die in den vergangenen Jahren beständig reale Kaufkraftverluste hinnehmen mußten.

- Schaffung eines Investitionsfonds und der Ausgabe von Anteilen, die für Rentner und Beschäftigte aus dem öffentlichen Bereich offenstehen. Der Betrag von 1,3 Milliarden US-Dollar soll durch die Einkünfte aus staatlichen Beteiligungen an besonders rentablen Unternehmen und Zinserträgen aus dem Privatisierungsprozeß aufgebracht werden.
- Direkte Unterstützung durch den Staat zum Bau von 50.000 Wohnungen bis zum Jahr 2000, unter besonderer Berücksichtigung der Mittelschicht mit Krediten bis 20.000 US-Dollar und fünfjährigem Tilgungsmoratorium.
- Schaffung der Voraussetzungen zum Fernunterricht via Satellit für ländliche Gegenden. Dieser Vorschlag, der zum Teil erhebliche Investitionen in die Infrastruktur der betroffenen ländlichen Gebiete voraussetzt, steht im Einklang mit dem ehrgeizigen Ziel Alberto Fujimoris, Peru zum führenden Land Lateinamerikas im Bereich des Erziehungs- und Ausbildungswesens zu machen.
- Verwirklichung eines staatlichen Beschaffungsprogramms, das speziell auf Zulieferanten der Mikro- und Kleinunternehmen abzielt.
- Schaffung einer öffentlichen Bank (Mibanco) für den Mikrounternehmensbereich. In diese Initiative, die nach Beispiel der bolivianischen Banco de Sol entsteht, sollen die beiden größten Privatbanken Banco Wiese und Banco de Crédito einbezogen werden.
- Reduzierung des Unternehmeranteils am Nationalfonds zur Schaffung von Wohnraum FONAVI von ehemals sieben auf nunmehr fünf Prozent. Die Differenz von zwei Prozent kann direkt zur Erhöhung des Einkommens der Arbeitnehmer verwendet werden.
- Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über die Agrarförderung um zehn Jahre und eine Reduzierung von 35 Prozent der Aufwendungen für Düngemittel durch steuerliche Vergünstigungen.
- Geplante Reduzierung der selektiven Konsumsteuer für Kraftstoffe in der Industrie. Damit wurde ein Aspekt aus dem umfangreichen Forderungskatalog der Unternehmerverbände zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen aufgegriffen.

Neben diesen konkreten Aussagen und Ankündigungen von Programmen und Initiativen stellte der Präsident zur Innenpolitik fest, daß in Peru die Militärs der Zivilgewalt unterstehen. Fujimori sah sich nach dem Fall Robles, der Folter- und Telefonabhörraffaire, der zahlreichen Einschüchterungsakte gegenüber der Presse und der Aberkennung der peruanischen Staatsangehörigkeit Baruch Ivchers gezwungen, den Primat der Zivilgewalt vor dem Militär verbal zu bekräftigen. Immer deutlicher wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß nicht der Präsident, sondern eine Gruppe von Militärs um Hermoza Rios die eigentlichen Entscheidungen fällt.

Sicherlich im Zusammenhang mit der Affaire Baruch Ivcher und der Intervention des internationalen Medien- und Journalistenverbandes wegen der Situation der Pressefreiheit in Peru stellte der Präsident fest, daß die Pressefreiheit in Peru uneingeschränkt gewährleistet werde. Auch hier wurde vergebens auf konkretisierende Aussagen gewartet.

Zur Problematik der endgültigen Grenzfestlegung mit Ecuador wurde lediglich darauf verwiesen, daß der Dialog zur Klärung der unüberbrückbaren Standpunkte fortgesetzt werde. Im Hinblick auf die wegen der Anschaffung von MIG-29 laut werdenden kritischen Stimmen, die nur eine bedingte Einsatzfähigkeit der Flugzeuge aufgrund fehlender Wartungs- und Ersatzteilabkommen mit Rußland befürchteten, wurde geschwiegen.

Am aufschlußreichsten an der Rede waren die Themen, die mit Schweigen übergangen wurden: Dezentralisierung, innere Sicherheit, Drogenanbau und Drogenhandel, Korruption, die Situation von Demokratie und Rechtsstaat, Terrorismus, Wiederwahl des Präsidenten.

Auffallend war auch, daß, obwohl der Vorrang der Zivilgewalt vor dem Militär von Fujimori unmißverständlich betont wurde, keinerlei personelle Konsequenzen, seien es Verabschiedungen oder Neubesetzungen, angekündigt wurden. Keiner der für zahlreiche Übergriffe Verantwortlichen in Geheimdienst und Militär wurde zur Rechenschaft gezogen. Dies ist ein Indiz dafür, daß der Präsident zur Zeit nicht fähig ist, Personen mit einer Machtposition, wie Montesinos und General Hermoza Rios sie haben, aus ihren Ämtern zu entfernen.

Gründung eines demokratischen Oppositionsblocks

Auf die wiederholten Angriffe auf den Rechtsstaat antworteten nach der Amtsenthebung von drei Verfassungsrichtern Ende Mai 1997 41 Abgeordnete des Oppositionsspektrums mit der Gründung eines Demokratischen Oppositionsblocks. Ziel des Zusammenschlusses ist das koordinierte Vorgehen bei der Verteidigung des Rechtsstaats und der öffentlichen Interessen, wobei jedoch die spezifische Identität jeder Gruppierung innerhalb des Blocks gewahrt werden soll.

Begründet wurde die Blockbildung mit den Angriffen der Fujimori-Regierung und ihrer Mehrheit im Kongreß auf das Verfassungsgericht, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Aufgabe der Kontrollfunktion der Legislativen durch die unverantwortliche servile Haltung der Mehrheitsbewegung, die als 'Wasserträger der Exekutiven' in der Ausführung der Kompetenzeinschränkung Vorschub leistet und somit zur Stärkung der Exekutiven als allseits dominierende Gewalt beiträgt. In einer Art Manifest erläutern die Gründer des Blocks ihre Motive mit den folgenden Worten: „In Peru haben wir heute eine autokratische Regierung. Im Kongreß regiert die Tyrannei der Mehrheit. Gesetze werden häufig gegen die nationalen Interessen erlassen, jegliche Kontrollfunktion wird ausgeschlossen und die Debatte über die großen Themen des Landes wird eingeschränkt“.

Politische Zusammenschlüsse mit Blick auf die nächsten Wahlen

Als unabhängige Bewegung konstituierte sich für viele Beobachter überraschend im Oktober die Bewegung Vamos Vecino, deren Bezeichnung keinen Zweifel über die Wahlintentionen zuläßt. Es handelt sich um eine einzig auf die Kommunalwahlen ausgerichteten Bewegung, die die Regierungsbewegung Cambio'90-Nueva Mayoría auf Landes-ebene im Oktober 1998 vertreten soll. Obwohl diese Vorgehensweise offiziell nicht eingestanden und auf den unabhängigen Charakter der Bewegung hingewiesen wird, haben sich hier doch immerhin ca. 700 Bürgermeister zusammengefunden, die aus ihrer Nähe zum Regierungslager kein Hehl machen. Aus informierten Kreisen verlautete, daß die Gründung der Bewegung, die im Rahmen der Kampagne zur Wiederwahl Alberto Fujimoris im Jahr 2000, von Absalón Vásquez unter größtmöglicher Geheimhaltung vorbereitet wurde, selbst mit den amtierenden Bürgermeistern und der Leitung der Regierungsbewegung nicht abgesprochen war. Die Bewegung hat, und auch das ist wiederum überraschend und bezeichnend für die Schnelligkeit, mit der hier vorgegangen wurde, bereits ihre Registrierung beim nationalen Wahlrat mit 600.000 Wählerunterschriften erreicht. Die Unterschriften wurden in nur kurzer Zeit in den 700 Kommunen gesammelt, deren Bürgermeister sich in der neuen Bewegung zusammenschlossen.

Für das Regierungslager hat diese Vorgehensweise handfeste Vorteile. Die neue Bewegung ist politisch unvorbelastet. An ihr hängen nicht wie bei Cambio'90-Nueva Mayoría die Altlasten der politischen Krisen, die zu einem signifikanten Verlust des Vertrauens in die Regierung Fujimori geführt haben. Falls die Resultate im Oktober 1998 nicht den Erwartungen entsprechen sollten, kann die Regierungsbewegung eine Stellvertreterrolle bei den Kommunalwahlen mit Hinweis auf den unabhängigen Charakter von Vamos Vecino klar von sich weisen. Im

umgekehrten Fall wird die Nähe zum Regierungslager hervorgehoben und es sollte aufgrund aller Erfahrungen nicht verwundern, wenn dann im Unterschied zu den oppositionellen Städten und Gemeinden die Vamos Vecino-Kommunen die wohl-wollende Aufmerksamkeit der Regierung erfahren werden.

Der Anspruch zur Vertretung der politischen Mitte

Die Allianz von Code und Renovación

Die von den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Alejandro Toledo und Rafael Rey Rey geführten Bewegungen Code und Renovación kündigten unter Beteiligung des ehemaligen ultraliberalen Wirtschaftsministers Fujimoris, Carlos Bologna, die Formierung einer politischen Allianz des Zentrums an. Ziel ist es, für Peru eine Alternative zur bestehenden Regierung und ihrer Politik unter dem Motto 'Demokratie und Marktwirtschaft' aufzuzeigen. Damit ist der Ex-Wirtschaftsminister Bologna, der neben einer exklusiven privaten Elite-Hochschule – wobei die Bezeichnung Elite sich auf den Personenkreis bezieht, der sich wirtschaftlich das Studium leisten kann – auch diverse Franchising-Unternehmungen führt, einen Schritt in seinen Ambitionen weitergekommen, sich als möglicher Präsidentschaftskandidat zu präsentieren. Obwohl man einhellig betonte, noch keinen Führer der politischen Allianz bestimmt zu haben, wurde bereits auf Carlos Bologna als einen potentiellen Präsidentschaftskandidaten verwiesen.

Die Bewegung für Demokratie, Freiheit und Solidarität

Unter der Bezeichnung 'Movimiento por la Democracia, la Libertad y la Solidaridad' haben das Kongreßmitglied der von Javier Perez de Cuellar geführten Union por el Perú, Gustavo Mohme, und der im Ruhestand befindliche General Rodolfo Robles ihre Ankündigung vom Juni 1997 in die Tat umgesetzt. Auch diese Bewegung erhebt den Anspruch, die politische Mitte zu vertreten. Im Unterschied zu der Allianz von Code-Renovación, die die politische Mitte aus dem liberalen Blickwinkel interpretieren, erheben Mohme und Robles für sich den Anspruch, das linke Spektrum der Mitte abzudecken. Ein sozialdemokratisches Selbstverständnis deutet Mohme übrigens selbst an.

Ziel der Bewegung ist die Herstellung einer geeinten politischen Opposition für die Wahlen im Jahr 2000. Der Anspruch ist angesichts der Linkslastigkeit dieser Bewegung wohl eher als eine populistische Floskel zu verstehen. Wie dabei ein gemeinsamer Kandidat der Opposition aufgestellt werden kann, ist bislang nicht zum Ausdruck gekommen. Die Unterstützung der Kandidatur von Alberto Andrade in Lima bei den Kommunalwahlen im Oktober 1998 wird bereits vom Wohlverhalten des limenischen Bürgermeisters abhängig gemacht.

Über die genaue Vorgehensweise der Bewegung soll auf einem Nationalkongreß entschieden werden. Einigkeit scheint vorerst bei den generellen programmatischen Aussagen zu bestehen, die sich unter die Begriffe Kampf für die politische Institutionalität, für Rechtsstaat und Demokratie, Förderung der Protagonistenrolle des Staates in der Zivilgesellschaft, Garantie der Menschen- und Bürgerrechte und der Gewaltenteilung subsumieren lassen.

Drogenanbau und Drogenhandel

Durch die effektivere Luftaufklärung stiegen die Charterpreise für Kleinflugzeuge nach Angaben des Leiters des UN-Drogenkontrollprogramms von vormals 50.000 auf nunmehr 200.000 US-Dollar, einen Transportpreis, den die Drogenkartelle nicht mehr bereit sind zu zahlen. Angeblich tauchen die Aufkäufer der Kokapaste selbst nicht mehr in den Anbaugebieten auf. Der Transport und teilweise auch die Verarbeitung der Kokablätter zu Kokapaste soll nach den UN-Berichten jetzt von den Kleinbauern selbst vorgenommen werden. Der ursprünglich nur auf den

Anbau spezialisierte Bauer übernimmt jetzt nicht nur die partielle Weiterverarbeitung, sondern sorgt auch noch für die Anlieferung der Kokapaste, die zum Teil über große Entfernungen erfolgt.

Der Kleinbauer ist aufgrund des niedrigen Kokapreises gezwungen, als Kleinunternehmer zu arbeiten, der nicht selten 20 bis 30 Personen beschäftigt, um pro Person drei Kilogramm Kokapaste zu transportieren. Da die Lieferwege über städtische Zentren führen, hat sich an den Verteilungsknoten ein zusätzlicher Absatzmarkt für Drogenprodukte entwickelt. So wurde laut UN-Angaben in Ayacucho, das als Anlieferungszentrum für die Kokapaste aus dem Apurimac und Huantatal genutzt wird, ein steigender Drogenkonsum bei der ansässigen Bevölkerung festgestellt.

Kooperation Perus und der USA bei der Drogenbekämpfung

Während seines Washingtonbesuchs Anfang des Jahres erfuhr Alberto Fujimori vom Verantwortlichen der Drogenbekämpfung aufmunterndes Lob für die Fortschritte und die Ernsthaftigkeit des peruanischen Engagements zur Eindämmung des Drogenhandels und der Drogenproduktion. General McCaffrey ließ es nicht bei Worten bewenden, sondern kündigte in Würdigung dieser positiven Tendenz verstärkte materielle Hilfe der USA bis hin zur Kooperation auf peruanischem Territorium an, die durch die Entsendung von amerikanischen Spezialeinheiten, Experten der DEA und des Zolls die Drogenverkehrswege zu den Weiterverarbeitungsbetrieben in Kolumbien kontrollieren und sperren soll.

Neben einer finanziellen Hilfe von 55 Millionen US-Dollar wurden umfangreiche Materiallieferungen angekündigt, die 100 speziell zum Abfangen von Wasserfahrzeugen ausgerüstete Motorboote umfassen.

Die amerikanische Regierung erteilte folgerichtig am 28. Februar 1997 Peru die sogenannte Zertifizierung im Kampf gegen Drogenanbau und Drogenhandel. In Peru reduzierte sich nach amerikanischen Angaben die Kokaanbaufläche 1996 um 18 Prozent auf 94.400 Hektar. Der Drogenbericht zu Peru enthielt ferner Angaben darüber, daß 226 Kommunen als Gegenleistung für die Unterstützung des Anbaus alternativer Produkte Übereinkünfte zur Verringerung der Kokaanbaufläche um 15.000 Hektar abschlossen. Der Bericht forderte Peru zu mehr Anstrengungen auf, durch Polizeimaßnahmen den Drogentransport auf dem Wasser- und Luftweg zu bekämpfen.

Nach peruanischen Angaben geht man für 1997 von einer Anbaufläche von 115.300 Hektar aus, für die ein Ertrag von 230.600 Tonnen Kokapaste im Wert von 322,8 Millionen US-Dollar geschätzt werden kann. Die Kokakultivierung soll sich auf insgesamt 250.000 Familien in den Tälern Huallaga, Apurimac-Ene, Aguaytia, Ucayali und Urubamba konzentrieren. Zum Vergleich: 1992 wurden noch 129.100 Hektar mit einem Produktionsvolumen von 258.200 Tonnen bestellt.

Ziel Perus in den nächsten fünf Jahren (1997 bis 2002) ist nach Äußerungen des Gesundheitsministers die Reduzierung der Kokaanbaufläche um 50 Prozent auf 47.000 Hektar. Diese Angaben wurden anlässlich einer OAS-Konferenz zur Drogenbekämpfung Anfang November 1997 gemacht, zu einem Zeitpunkt, als die Fahndungsbehörden den größten Drogenfund in der Geschichte Perus machten, indem sie einem aus Kolumbien stammenden Container mit 20,1 Tonnen Marihuana beschlagnahmten.

Nach Angaben der *New York Times* stammen 80 Prozent des in den USA konsumierten Kokains aus peruanischem Anbau, das nach der Weiterverarbeitung in Laboratorien Kolumbiens über Zentralamerika in die USA gelangt. Peru ist wie im Vorjahr der weltgrößte Produzent von Kokablättern und Kokapaste.

Terrorismus

Die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz durch den MRTA prägte das Bild Perus als Geisel des Terrorismus in überzogener und unzutreffender Weise in den internationalen Medien. Allerdings gibt es Anzeichen für eine verstärkte, wenn auch geographisch begrenzte Tätigkeit des Sendero Luminoso.

Der Überfall des Sendero Luminoso auf das Fahrzeug des Polizeikommandanten der Region Huanuco und seine Exekution sowie die seiner beiden Begleiter am 18. Oktober 1997 zwischen Pucallpa und Tingo María im Departement Huanuco ist kein Einzelfall. Die Terrorbewegung hat wiederholt in den Departements Junin und Ayacucho zugeschlagen und dort Sicherheitspatrouillen und Dörfer überfallen. Zudem scheinen die *Senderistas* die Straßen in diesen Gegenden wieder teilweise zu kontrollieren. Hier werden von den Benutzern Wegegelder erpreßt oder, wie in dem erwähnten Fall am 18. Oktober, Angehörige der Sicherheitskräfte ermordet. Als Indiz für die verstärkte Terrortätigkeit sind auch die Hilferufe von paramilitärischen Schutzgemeinschaften, den sogenannten *Ronderos*, zu bewerten, die eine bessere militärische Ausbildung, bessere Bewaffnung und die Präsenz der Sicherheitskräfte fordern.

Die Verantwortlichen der Anti-Terroreinheiten sprechen trotz dieser Anzeichen nicht von einem Wiedererstarken der Sendero-Tätigkeiten. Von der Regierung wird derzeit eine Neuauflage des sogenannten 'Reuegesetzes' (*Ley de arrepentimiento*) geprüft, um durch geständige Terroristen gegen Straferleichterung bis hin zu Straferlaß Angaben zu erhalten, die eine Bekämpfung der Kerngruppe ermöglichen.

Zerfall der rechtsstaatlichen Ordnung

Mit der Amtsenthebung der drei Verfassungsrichter wurde das einzige Kontrollorgan, das trotz des funktionshemmenden Quorums arbeitete, endgültig torpediert. Der politisch motivierte Schlag gegen diese Institution hat erneut die Hypothese bekräftigt, daß Rechtsstaatsprinzipien in Peru nur formalen Charakter haben und real der politischen Opportunität unterliegen. Das Beispiel Verfassungsgericht und das *Procedere* im Fall Baruch Ivcher zeigen ferner, daß die Rechtssicherheit in Peru unberechenbaren Schwankungen unterliegt.

Auch das neue Wahlgesetz verstößt gegen Vorschriften der Verfassung von 1993, die den Einheitswahlbezirk nur für die Wahlen im Jahr 1995 und die Rückkehr zum multiplen Wahlbezirk mit den Wahlen im Jahr 2000 vorsah.

Der einzige Lichtblick ist die Abschaffung der für Terrorismusdelikte zuständigen 'Gerichte und Richter ohne Gesicht'.

Die Amtsenthebung der Verfassungsrichter

In einem politisch motivierten Verfahren, das an einen Schauprozeß erinnerte, wurden drei der sieben Richter des peruanischen Verfassungsgerichts von einem Untersuchungsausschuß des Kongresses des Verstoßes gegen die Verfassung angeklagt und durch das Plenum bei einfacher Mehrheit mit den Stimmen der Fujimori-Bewegung *Cam-bio'90-Nueva Mayoría* ihres Amtes enthoben. Hintergrund des Untersuchungsverfahrens, das per se aufgrund der verfassungsrechtlich garantierten Autonomie und Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtes gegen die Artikel 93 und 201 der Verfassung von 1993 und den Artikel 13 des Organgesetzes in flagranter Weise verstieß, ist folgender: In einer Stellungnahme vom 16. Januar 1997 erklärten drei der sieben Verfassungsrichter (vier Enthaltungen), daß das Gesetz 26657, das dem amtierenden Präsidenten Alberto Fujimori die an sich unzulässige zweite Wiederwahl ermöglichen sollte, für nicht anwendbar. Die dem Gesetz zugrunde liegende Argumentation, daß es sich bei der Wiederwahl Fujimoris im April 1995 um seine erste Wahl unter der neuen Verfassung von 1993 handle und die Wahl im Jahr 2000 die erste Wiederwahl darstelle, wurde als verfehlt bezeichnet.

Die Stellungnahme sorgte in der Tat für Verwirrung, da nicht die Anwendbarkeit des Gesetzes Gegenstand des Normenkontrollverfahrens war, sondern seine Verfassungsmäßigkeit. Durch die Stimmenthaltung von vier Verfassungsrichtern konnte das Gesetz nicht für verfassungswidrig erklärt werden. Zur öffentlichen Diskussion trugen dann auch noch Erklärungen der drei Verfassungsrichter bei, bei der Resolution eine allgemein übliche Art der Normenkontrolle ausgeübt zu haben; nur stimmt die Stellungnahme nicht mit dem allgemein üblichen *Procedere* überein.

Die vermeintlichen Verfahrensfehler, die von den drei Richtern in einem zunehmend verwirrenden und politisierten Kontext begangen wurden, rechtfertigten in keiner Weise die dann folgenden Verletzungen ihrer Autonomie und Unabhängigkeit, die durch die servile Mehrheit der Regierungsbewegung im Kongreß lanciert wurde und letztlich zu ihrer Amtsenthebung führte. Die Verfassungsrichter sind in ihren Entscheidungen keiner anderen Autorität ver-antwortlich; dies ist auch verfassungsrechtlich garantiert. Die materielle Respektierung eindeutiger rechtsstaatlicher Grundsätze wurde dann jedoch politisch gebeugt. Nur 48 Stunden später trat dann aus Solidarität der Präsident des Verfassungsgerichts von seinem Amt unter dem Hinweis zurück, daß in Peru „der Rechtsstaat zerbrochen wurde“. Die unmittelbare Konsequenz ist die faktische Aufhebung des Verfassungsgerichts als letzter Normenkontrollinstanz.

Reaktionen auf die Amtsenthebung

Der Zeitpunkt der Amtsenthebung der drei Verfassungsrichter und der politisch motivierten Demontage der Institution Verfassungsgericht nur drei Tage vor dem OAS-Gipfeltreffen in Lima war für die peruanische Regierung ungünstig, so daß sie darauf bedacht war, das Thema nicht zu einer Schlagzeile werden zu lassen. Anfangs schien diese Strategie des Zur-Tagesordnung-Übergehens auch erfolgreich zu sein, da der Generalsekretär der OAS, César Gaviria, die Vorkommnisse um das Verfassungsgericht als interne Angelegenheiten Perus qualifizierte und keinerlei Stellungnahme abgab. Die Medienberichterstattung, Massenkundgebungen in Lima und in den Provinzen, warnende Worte des amerikanischen Botschafters und der Empfang der drei Verfassungsrichter und diverser Oppositionspolitiker durch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte bewirkten dann aber doch, daß die Delegatio-nen der OAS-Mitgliedstaaten die Vorkommnisse um das Verfassungsgericht zur Kenntnis nahmen.

Ein spontaner Protestmarsch von Studenten limenischer Rechtsfakultäten, dem sich die Gewerkschaften, Arbeiter, Rentner und Mütter mit ihren Kindern anschlossen, entwickelte sich zur größten und eindrucksvollsten Demonstration, die die Hauptstadt in den neunziger Jahren gesehen hat. Auf Transparenten wurde die Respektierung des Rechtsstaates gefordert und Unmut über die Amtsenthebung der Verfassungsrichter durch den Kongreß geäußert. Die Sympathiekundgebungen für die drei Verfassungsrichter und für die Aufrechterhaltung des Rechtsstaates blieben nicht auf die Metropole Lima beschränkt. In Puno, Tacna, Arequipa, Cuzco und Ayacucho gingen ebenfalls Menschen protestierend auf die Straße.

Die Kritik des amerikanischen Botschafters Dennis Jett, der die Amtsenthebung der Verfassungsrichter als Rückschritt im internen Demokratisierungsprozeß bezeichnete, wurde vom Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten beim OAS-Gipfel, McLarty, auf einer Pressekonferenz bestätigt: Er bezeichnete das System der Gewaltenteilung für die demokratische Regierungsform als Notwendigkeit und absolut wichtig. Dennis Jett erhielt hierdurch die notwendige Rückendeckung, nachdem der stellvertretende Präsident des peruanischen Kongresses, Torres y Torres Lara, die Äußerungen des amerikanischen Botschafters als unwillkommene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Perus bezeichnet hatte.

In einem Gespräch der Mitglieder der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte mit den Verfassungsrichtern und einer Delegation von Oppositionspolitikern unter Führung von Dr. Lourdes Flores (PPC) wurden die Gründe der Amtsenthebung und ihre Auswirkungen auf Demokratie und Rechtsstaat erörtert

und die Kommission zur Prüfung des Sachverhalts und gegebenenfalls zur Anklage Perus aufgefordert. Die Kommission brachte ihre Beunruhigung über den Fall zum Ausdruck und sagte eine Prüfung zu.

In einer bemerkenswerten öffentlichen Stellungnahme des Dachverbandes der peruanischen Unternehmervverbände wurden erstmals Bedenken über die Auswirkungen des Vorgehens von Exekutive und Regierungsmehrheit im Kongreß angemeldet. Die Stellungnahme, die sich zwar auf eine Reihe von aktuellen Vorkommnissen bezog, hob die Affäre um das peruanische Verfassungsgericht hervor und rief dazu auf, die Rechtsordnung zu respektieren; die Verstöße gegen die Verfassung stellten die Fortschritte im Entwicklungsprozeß Perus in Frage. Bereits zuvor hatte der peruanische Ombudsmann in ähnlicher Form vor den Auswirkungen der Amtsenthebung gewarnt, den Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen Perus beschworen und die Respektierung der Unabhängigkeit der Justiz gefordert.

Motive und Auswirkungen der Amtsenthebung

Das Motiv für das Vorgehen der Fujimori-Regierung und ihrer Kongreßmehrheit gegen die drei Verfassungsrichter ist eindeutig das Streben nach einer zweiten Wiederwahl im Jahr 2000. Dr. Ricardo Nugent, der Präsident des Verfassungsgerichts, nannte selbst dieses Motiv in der Pressekonferenz, in der er die Gründe für seine Amtsniederlegung erläuterte. Die Debatte zur Amtsenthebung war eindeutig politisch ausgerichtet, der juristische Sachverhalt trat in den Hintergrund, es ging um eine machtpolitische Abrechnung mit den Personen, die durch ihre verfassungsrechtliche Stellungnahme ein Hindernis zur Machtausübung über das Jahr 2000 hinaus darstellten. Der Zeitpunkt der Eskalation schien sorgfältig abgewogen, da durch die Aktivitäten des Untersuchungsausschusses im Kongreß die öffentliche Debatte um den umstrittenen Berater des Präsidenten, Vladimiro Montesinos, und die Offenlegung seiner Einkommen überlagert wurde. Zudem schien der Moment günstig, da nach der erfolgreichen Geiselnbefreiung die Zustimmungswerte für die Amtsführung der Fujimori-Regierung um über 20 Punkte auf mehr als 70 Prozent angestiegen waren.

Ziel war es, durch die Demontage des letzten funktionsfähigen verfassungsrechtlichen Kontrollorgans den verantwortlichen Richtern Amtsanmaßung und Verletzung der ihnen übertragenen Kompetenzen vorzuwerfen und sie durch entsprechende Sanktionen so zu desavouieren, daß es dem Nationalen Wahlrat als oberster Instanz in Wahlangelegenheiten leicht gemacht würde, die Stellungnahme des Verfassungsgerichts bei der Kandidatenzulassung für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 außer acht zu lassen.

Die Amtsenthebung der Verfassungsrichter fügte sich in eine Reihe von Maßnahmen der Fujimori-Regierung mit dem Ziel der Schwächung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen ein. Die Tendenz ist hier seit 1996 repressiv. Mit der Amtsenthebung der drei Richter und der Amtsniederlegung des Gerichtspräsidenten können Aufgaben der verfassungsrechtlichen Normenkontrolle vom 'Rumpfgericht' nicht mehr wahrgenommen werden.

Das neue Wahlgesetz

Das neue Wahlgesetz, das bereits Ende Juni 1997 vom Kongreß mit der Regierungsmehrheit verabschiedet, aber erst am 1. Oktober im sogenannten Amtsblatt unter Gesetzes-Nr. 26859 veröffentlicht worden ist, sieht zusammengefaßt folgende Normierungen vor:

- Der Einheitswahlbezirk wird für die Wahl der Kongreßmitglieder im Jahr 2000 beibehalten.
- Dem Präsidenten, der sich als Kandidat zur Wiederwahl aufstellen läßt, ist die Einweihung und Inspektion von öffentlichen Infrastrukturwerken während der Wahlkampagne verboten.

- Die Kongreßkandidaten können nicht gleichzeitig Vertreter ihrer Parteien/Bewegungen vor den Wahlbehörden sein.
- Angehörige der Militär- und Sicherheitskräfte, die wählen, werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.
- Eine Frauenquote von 25 Prozent bei der Kandidatenaufstellung für den Kongreß wird eingeführt.
- Veröffentlichung von Umfragergebnissen ist nur bis 15 Tage vor dem Wahltermin zulässig.
- Voraussetzung für die Teilnahme von Parteien und Bewegungen an den Wahlen ist die Registrierung beim Nationalen Wahlrat. Die Einschreibung setzt eine Liste von vier Prozent der Wähler (ca. 500.000 Unterschriften) voraus.
- Die Einschreibung der Parteien und Bewegungen, die bei den letzten Wahlen auf nationaler Ebene mindestens fünf Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten haben, bleibt unverändert beim Nationalen Wahlrat bestehen.
- Die Briefwahl für im Ausland lebende Peruaner ist nur bei Referenden und generellen Wahlen möglich.

Auffallend beim neuen Wahlgesetz ist z. B. die Unvereinbarkeit des Einheitswahlbezirks für die Kongreß- und Prä-sidentschaftswahlen im Jahr 2000, die im Art. 21 normiert wird, mit der Zusatz- und Endbestimmung der Verfassung von 1993, die lediglich bei den Wahlen im Jahr 1995 den Einheitswahlbezirk vorsah. Hierdurch wird eine re-präsentativere Vertretung der Provinzen Perus auf Kosten der Metropole Lima behindert.

Die Frauenquote von 25 Prozent sieht zwar auf dem Papier gut aus, sichert aber keinesfalls eine zahlreichere Präsenz der Frauen im Kongreß. Jede Partei oder Bewegung kann festlegen, auf welche Plätze in den Listen die 25 Prozent der von ihr aufgestellten weiblichen Kandidaten verteilt werden. Wenn die Frauen auf Listenplätzen kandidieren, die keine Chance haben, dann sind die 25 Prozent nur leere Deklamation.

Die Konditionierung der Einschreibung von politischen Parteien und Bewegungen beim Nationalen Wahlrat mit vier Prozent der Wähler weicht von den Anforderungen ab, die für die Kommunalwahlen im Oktober 1998 das neue Kommunalwahlgesetz vom 14. Oktober 1997 (Gesetz-Nr. 26864) unter Art. 11 nennt. Hier werden nur 2,5 Prozent der Wählerunterschriften in dem jeweiligen Wahlbezirk auf Distrikt- oder Provinzebene verlangt.

Die 'Gerichte ohne Gesicht' werden abgeschafft

Ein wichtiger Schritt in der Verbesserung der Gerichtsbarkeit für Terrorismusdelikte und somit zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Prinzipien im Strafverfahren wurde vom peruanischen Justizminister mit der Einstellung der Tätigkeit der 'Gerichte ohne Gesicht' Ende September 1997 angekündigt und im Oktober durchgeführt.

Die Delikte, die im Zusammenhang mit dem Terrorismus gerichtlich verhandelt werden müssen, werden an die Strafgerichte in Lima weitergeleitet. Für Lima wird die noch offene Zahl von Verfahren mit 20 und für Peru insgesamt mit weniger als 50 angegeben.

Die Vorgehens- und Verfahrensweise der 'Gerichte und Richter ohne Gesicht' (Tribunales y jueces sin rostro), die wiederholt von Menschenrechtsorganisationen für die Verurteilung Unschuldiger durch beschleunigte Verfahren und restriktive Verteidigungsmöglichkeiten kritisiert worden sind, wurden am 6. Mai 1992 durch das Dekret 25475 eingeführt. In den fünf Jahren ihrer Existenz wurden vor ihnen ca. 3000 Terrorismusdelikte verhandelt.

Die peruanische Wirtschaft

Für 1997 strebte die Regierung ein BIP-Wachstum von 5,5 Prozent (1996: 2,7 Prozent) an. Auch beim Thema Inflation sind die Daten ermutigend; zum ersten Mal seit Jahrzehnten kann 1997 mit einer einstelligen Inflationsrate gerechnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte somit die Inflationsrate um 3,6 Prozent reduziert werden.

Gemäß den Angaben des Nationalen Instituts für Statistik (INEI) war in Peru in der ersten Jahreshälfte 1997 ein BIP-Zuwachs von 7,4 Prozent zu registrieren. Die Industrieaktivitäten legten sogar mit 7,7 Prozent aufgrund einer Zunahme in der Produktion von Konsumgütern (+ 9,1 Prozent) und Halbfertigprodukten (+ 7,5 Prozent) zu. Neben der Bauwirtschaft (+ 16,8 Prozent) war die Agrarwirtschaft (+ 8,2 Prozent) wichtigster Träger des Wachstums. Ihnen folgten das verarbeitende Gewerbe (+ 7,7 Prozent), Handel (+ 7 Prozent), Andere (+ 5,4 Prozent), Bergbau (+ 4,8 Prozent), Elektrizität und Wasser (+ 4,6 Prozent) sowie Fischerei (+ 3,2 Prozent).

Die Halbierung des Handelsbilanzdefizits in der ersten Jahreshälfte konnte durch einen kräftigen Zuwachs der Ex-porte um 20 Prozent bei vergleichbarem geringfügigem Wachstum der Importe (+ 4,7 Prozent) erreicht werden. Der Fehlbetrag erreichte Ende Juli 491 Millionen US-Dollar, was eine Verringerung um 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (896 Millionen) bedeutet.

Als hoffnungsvolle Entwicklungsperspektiven für die Binnen- und Exportwirtschaft und als wichtige wettbewerbs-politische Stärkung der Position des Landes in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht wurde von den maßgebenden Unter-nehmensverbänden die Entscheidung der Regierung Ende Oktober begrüßt, die Mehrwertsteuerrückerstattung und die Fraktionierung der Abgabe auf den Import von Kapitalgütern auf sieben Jahre auf alle Sektoren der peruanischen Wirtschaft auszudehnen. Bisher galt die Regelung nur für den Bergbaubereich. Gleichzeitig wurde auch die Befrei-ung der Unternehmen von der speziellen Abgabe auf Nettoaktiva verfügt.

Von Januar bis September 1997 erreichten die ausländischen Investitionen in Peru einen Wert von 6,934 Milliarden US-Dollar und erhöhten sich somit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 362 Millionen Dollar. 90,95 Prozent aller Investitionen konzentrieren sich auf neun Länder und nur drei davon, nämlich Spanien (32,9 Prozent), die USA (20 Prozent) und Großbritannien (18 Prozent), vereinigen 71 Prozent aller Auslandsinvestitionen, die ihre Schwerpunkte im Kommunikations-, Energie-, Bergbau-, Finanz- und Industriesektor haben.

Vom angedrohten Austritt aus dem Andenpakt...

Als Konsequenz aus dem Scheitern von Koordinierungsgesprächen der Wirtschaftsminister des Andenpakts in Bogotá am 11. April des Jahres, das zwecks Unterbreitung peruanischer Vorschläge über Produktlisten und Zollsätze über den definitiven Zeitpunkt der Reintegration Perus in die Andine Gemeinschaft entscheiden sollte, entschied Alberto Fujimori am darauffolgenden Tag, den Andenpakt zu verlassen. Gleichzeitig wurden ab sofort neue Zollsätze mitgeteilt. Die Teilnahme Alberto Fujimoris am gemeinsamen Gipfeltreffen der Präsidenten der Andinen Gemeinschaft in Sucre, Bolivien, das am 21. und 22. April stattfand, wurde abgesagt.

Grund für die Entscheidung, nach zeitlicher Aussetzung der Vollmitgliedschaft im Jahr 1992 dem 28 Jahre alten Andenpakt endgültig den Rücken zu kehren, waren angeblich unüberbrückbare Gegensätze in der Anwendung von Zollsätzen und der Gewährung von Subventionen, die nach Ansicht Perus die Bildung eines freien Marktes behindern, einseitige Vorteile Venezuelas und Kolumbiens bei Industrieprodukten zum Nachteil Perus festlegen und so-mit nicht dem Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Perus entsprechen.

Mit dieser Entscheidung verbunden wurde eine Reduktion der bisher gültigen Außenzölle von 15 und 25 auf 12 und 20 Prozent. Und es wurden besondere Abgabenregelungen zur Förderung von Agrarprodukten und zur Sicherung eines adäquaten Einkommensniveaus für Landwirte bekanntgegeben. Der durchschnittliche Zollsatz sollte 13 Prozent gegenüber 15 Prozent zuvor betragen.

....zur vollwertigen Integration

Völlig überraschend und seiner eigenen persönlichen Auffassung widersprechend, mußte der zuständige Finanz- und Wirtschaftsminister Jorge Camet am 25. Juni 1997 nicht nur den Verbleib Perus in der aufgewerteten Andinen Gemeinschaft, sondern die vollwertige Integration und Mitgliedschaft im ältesten lateinamerikanischen Integrations-block verkünden.

Die Ankündigung war das Ergebnis diverser vorbereitender Sitzungen der Junta de Cartagena vor dem Sondertreffen der Mitgliedsstaaten der Andinen Gemeinschaft in Quito vom 22. Juni 1997, bei der es nach offiziellen Berichten, die von peruanischer Seite verbreitet wurden, um die Einigung der Austrittsmodalitäten Perus aus dem Freihandelsteil des Andenpaktes gehen sollte. Um so überraschender war die Ankündigung der vollwertigen Integration, nachdem die übrigen vier Mitgliedstaaten unter maßgeblicher bolivianischer Vermittlung die verschiedenen peruianischen Anliegen berücksichtigt hatten. Hierzu zählte die graduelle Einfuhrbefreiung andiner Produkte auf dem peruanischen Markt und die Akzeptanz des gestaffelten peruanischen Zollregimes, das Zollsätze von 12 und 20 Prozent und einen besonderen Aufschlag in Höhe von fünf Prozent für bestimmte Produkte vorsieht. Als Teil des erzielten Einverständnisses galt neben der Meistbegünstigung auch die Belegung eingeführter andiner Treibstoffe mit einem Zollsatz von 12 Prozent, wodurch die vorher geltende abgabenfreie Einfuhr aufgehoben wurde.

Ein sogenanntes Abgabengleichungschronogramm für diverse Produkte soll aufgestellt und bis zum 31. Dezember des Jahres 2005 abgeschlossen werden. Die Übereinkunft gestattet Peru die Beibehaltung seiner Abgabensätze – ein genereller Streitpunkt, über den zuvor keine Einigung erreicht werden konnte und der der Anlaß für die ursprüngliche Intention Perus war, das Freihandelsabkommen als Teil des Andenpaktes zu verlassen.

Der Exportsektor

Der Gesamtwert aller Exporte betrug 1996 insgesamt 5,82 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 6,9 Prozent (1995: 5,44 Milliarden).

Per Dekret 084-97 wurde durch das Finanz- und Wirtschaftsministerium die Einrichtung eines Förderprogramms in Höhe von 100 Millionen US-Dollar für exportorientierte Unternehmen angekündigt. Die Mittel, die durch die Andine Förderkorporation CAF zur Verfügung gestellt werden, sollen Unternehmen des Exportsektors vor allem zinsgünstige Darlehen mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren ermöglichen. Unverständlich erscheint, daß mit der Verwaltung der Mittel nicht die für die Exportförderung des Landes geschaffene PROMPEX beauftragt wurde, die den Zuständigkeitsbereich abdeckt.

Der nationale Exportverband SNE, dem traditionell eher die mittleren und großen Exportunternehmen angehören, geht in seinen Prognosen für das Jahr 1997 von einem Gesamtexportwert von etwa sieben Milliarden US-Dollar, einem Zuwachs von fast einer Milliarde gegenüber 1996, aus. Besonders hervorhebenswert ist der Zuwachs im Bereich der nichttraditionellen Exportgüter. Hier verzeichnete für den Zeitraum Januar bis Juni 1997 der Bereich Hüttenwesen und Metallherstellung einen Zuwachs von 50 Prozent, gefolgt vom nichtmetallischen Bergbaubereich (+ 39 Prozent), Fischerei (+ 37 Prozent) und Textil (+ 30 Prozent). Insgesamt beziffern sich die

Zunahmen im nichttraditionellen Exportgüterbereich auf 43 Prozent gegenüber 12,8 Prozent bei den traditionellen Ausfuhrprodukten, wo die Landwirtschaft mit einem Zuwachs von 77 Prozent der Motor war.

Der Anteil der traditionellen Produkte am Gesamtexport verringerte sich im ersten Halbjahr 1997 auf 70 Prozent (1996: 75 Prozent) und der der nicht-traditionellen Güter erhöhte sich auf 29 Prozent (1996: 24,5 Prozent). Auf das Gesamtjahr projiziert, geht der nationale Exportverband von einer Zuwachsrate im nichttraditionellen Exportgüterbereich von 36,5 Prozent und im traditionellen Bereich von 15,1 Prozent aus. Auch 1997 werden die peruanischen Exportprodukte aus dem Bergbau die Hauptdevisenquelle des Landes sein.

Die Projektion der Wirtschaftsdaten des nationalen Exportverbandes für das Jahr 1997 sieht wie folgt aus:

- BIP-Zuwachs: 5 %
- Inflationsrate: 9 %
- Gesamtexporterlös: 7 Mrd. US\$
- Exportzuwachs: 20,5 %
- Export von Primärprodukten: 4,8 Mrd. US\$
- Export von veredelten Produkten: 2,1 Mrd. US\$
- Schaffung von Exportarbeitsplätzen: 118.202

Der Verband erwartet eine verstärkte Schaffung von Arbeitsplätzen besonders im Zeitraum 1998 bis 2000 und begründet diese Prognose mit dem Hinweis, daß sich erst dann die positiven Veränderungen in der Wirtschaftspolitik bemerkbar machen und auf den Arbeitsmarkt durchschlagen werden.

Kopferbrechen bereiten allerdings die möglichen Auswirkungen des *El Niño*-Effekts auf die Agrarexportwirtschaft und generell auf das für 1998 erwartete BIP. Die Auswirkungen auf die peruanische Exportwirtschaft in den Bereichen Fischerei und Agrarwirtschaft durch das Phänomen *El Niño* (Erwärmung der Wassermassen des Humboldtstroms durch starke Winde von Australien her) werden von der peruanischen Zentralbank mit Exportausfällen in Höhe von etwa 300 Millionen US-Dollar für 1998 beziffert.

Das Handelsbilanzdefizit wird mit 1,9 Milliarden US-Dollar bei einem Gesamtexport von 7 Milliarden Dollar prognostiziert. Diese Voraussage geht von Importen in Höhe von 8,9 Milliarden Dollar aus.

Besonders stark wird die Exporteinbuße bei einem der Hauptexportgüter Perus, dem Fischmehl, ausfallen. Hier werden Rückgänge bis zu 43 Prozent erwartet. Angesichts der Entwicklung der Weltmarktpreise für Kaffee, Gold, Kupfer und Öl wird auch hier mit Einbußen gerechnet. Ein Teil dieser Rückgänge könnte allerdings durch ein stärkeres Wachstum des Anteils der nichttraditionellen Güter am Exportvolumen, das auf 17 Prozent geschätzt wird, abgefedert werden.

Für den Monat Dezember werden in den Küstenregionen Perus, die schwerpunktmäßig für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden, durch den *El Niño*-Effekt Temperaturen von über 30 Grad Celsius erwartet. Dieser Temperaturanstieg wird negative Folgen für den Anbau und die Ernteerträge mit sich bringen, die durch Pilzbildung, Bakterien, Viren und Parasiten beeinträchtigt werden. Es wird davon ausgegangen, daß in einigen Küstentälern die Produktionseinbußen für bestimmte Produkte wie z. B. Mais, Kürbis, Banane, Tomate, Kartoffel und Süßkartoffel sowie Baumwolle bis zu 40 Prozent betragen können.

Insgesamt wird durch die klimatischen Auswirkungen, die neben dem Ansteigen der Durchschnittstemperaturen im Norden des Landes durch starke Regenfälle und Überschwemmungen gekennzeichnet sein werden, ein Rückgang des BIP für 1998 um ein Prozent erwartet.

Wirtschaftsdaten – Prognosen für 1998

Die nachfolgend genannten Wirtschaftsdaten sind die Planzahlen, die die Regierung Fujimori für 1998 zu realisieren wünscht:

BIP-Wachstum:	5 %
Inflation:	9 %
Steueraufkommen:	14,1% BIP
Exporte:	7 Mrd. US\$
Importe:	8,75 Mrd. US\$
Handelsbilanzdefizit:	1,75 Mrd. US\$
Externer Schuldendienst:	1,665 Mrd. US\$
Durchschnittlicher Umtauschkurs:	2,9 Soles/1 US\$

Die soziale Situation

Allgemeines

Armut

Insgesamt stieg der Anteil der Armen in Peru im Zeitraum von 1994 bis 1996 von 46,5 auf 49 Prozent. Der Anstieg der allgemeinen Armut wurde begleitet von einer Abnahme der extremen Armut, die sich von 40,4 Prozent (1994) auf 37,9 Prozent (1996) in ländlichen Gegenden reduzierte. Im Hochland, der charakteristischen Gegend mit hohen Indizes für extreme Armut, nahm der ermittelte Wert von 40,1 Prozent auf 36,4 Prozent ab, jedoch stieg er in urbanen Gegenden von 6,3 auf 7,3 Prozent.

Das Erhebungsinstitut Cuanto ermittelte in Auftrag von UNICEF zwischen 1994 bis 1996 Angaben zur Armutsverteilung zwischen Land und Stadt. Als wesentliches Ergebnis konnte festgestellt werden, daß im Untersuchungszeitraum die städtische Armut um 3,8 Prozent von 38,1 auf 41,9 Prozent zunahm und auf dem Land leicht abnahm (von 66,1 auf 65,3 Prozent). Der Armutsindikator für Lima stieg von 37,2 (1994) auf 39,7 Prozent (1996). Der Armutsanstieg ist nicht allein auf den städtischen Bereich beschränkt, sondern gilt auch für die charakteristische geographische Unterteilung des Landes in Costa (Anstieg von 41,2 auf 44,2 Prozent), Sierra (52,8 auf 54,4 Prozent) und Selva (52,4 auf 55,2 Prozent).

Zur Unterscheidung von Armut und extremer Armut werden Warenkorb und tägliche Durchschnittsausgaben als Kriterien herangezogen. Als arm gilt demnach eine Person, die nicht über ein hinreichendes Einkommen verfügt, um einen minimalen Warenkorb, der aus Nahrungsmitteln und anderen Leistungen besteht, zu erwerben, und deren tägliche Durchschnittsausgaben unter 1,75 US-Dollar (4,30 Soles) liegen. Als extrem arm gelten diejenigen Personen, die keinen minimalen Warenkorb ohne sonstige Leistungen erwerben können und deren durchschnittliche tägliche Ausgaben weniger als einen US-Dollar (2,5 Soles) betragen.

Basisdienstleistungen

Eine deutliche Steigerung im Zugang von Basisdienstleistungen im Gesundheitswesen stellte das statistische Erhebungsinstitut Cuanto in den ländlichen Gegenden fest. Hier erhöhte sich der ermittelte Zugangswert um 23 Prozent von 33 auf nunmehr 56 Prozent. Verbesserungen wurden auch im Zugang anderer Basisleistungen wie Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Abwasserentsorgung festgestellt. Bei dem repräsentativen Sample von 1491 Haushalten, die Cuanto untersuchte (es handelt sich um dieselben Haushalte, die bereits 1994 untersucht

worden waren), verfügten 5,4 Prozent mehr über einen direktem Wasseranschluß, erhöhte sich die Anbindung an die Abwasserent-sorgung um elf Prozent und stieg der Zugang zur Elektrizitätsversorgung um 3,2 Prozent.

Bevölkerungswachstum

Bis zum Jahr 2000 erwartet die peruanische Regierung aufgrund der staatlichen Familienplanungsaktivitäten einen Rückgang im Bevölkerungswachstum. Wuchs die Bevölkerung im Zeitraum 1985 bis 1990 noch um jährlich 2,1 Prozent, so soll sich das Wachstum im Zeitraum 1995 bis 2000 auf jährlich 1,7 Prozent verlangsamen. Aufgrund dieser Projektion wird im Jahr 2000 mit einer Gesamtbevölkerung von 25,3 Millionen Personen gerechnet. Hatte im Jahr 1990 noch jede Familie durchschnittlich 3,5 Kinder, so sind es 1997 nach Angaben des Vorsitzenden des Mini-sterrats nur noch statistische 3,1. Im Jahre 1998 wurden 650.000 Neugeborene und 220.000 Verstorbene registriert.

Humanentwicklung

Nach dem von den Vereinten Nationen veröffentlichten Bericht über Humanentwicklung für 1997 belegt Peru, ba-sierend auf Vergleichszahlen aus dem Jahr 1994, mit Rang 89 unter 175 Ländern einen Mittelplatz. Wie jedes Jahr werden drei Kriterien für die Indizierung der Humanentwicklung zugrunde gelegt: Lebenserwartung, Bildungsniveau und BIP per capita. Die Lebenserwartung beträgt im Durchschnitt 67,4 Jahre (zum Vergleich 1996: 66,3 Jahre). Auch die Alphabetisierungsrate verzeichnet eine geringfügige positive Entwicklung: Sie stieg von 87,8 auf nunmehr 88,3 Prozent. Besorgniserregend sind allerdings die Indizes für die Nahrungsmittelversorgung. Danach ist das tägliche Kalorienangebot in Peru mit 1883 Kalorien (die Werte sind auf 1992 bezogen) die niedrigsten des lateinamerikanischen Kontinents und liegen weit unterhalb des Durchschnittswertes von 2731 Kalorien pro Tag.

Neugeschaffen wurde das Ministerium für die Frau und die Humanentwicklung. Es verfügt über einen Anteil von 1,5 Prozent des Budgets für 1997, das sind 371 Millionen Soles (ca. 140 Millionen US-Dollar). Die Schaffung des neuen Ministeriums wurde von Alberto Fujimori während seines Deutschlandbesuchs vom Oktober 1996 angekündigt. Erste Ministerin wurde die ehemalige stellvertretende Justizministerin Miriam Schenone. Das Ministerium ist auch für das nationale Sportinstitut und das nationale Ernährungshilfsprogramm PRONAA zuständig.

Sozialprogramme

Die Investitionsprogramme im Sozialbereich der peruanischen Regierung, die für den Zeitraum 1996 bis 2000 15 Milliarden Soles (ca. 5,6 Milliarden US-Dollar) vorsehen, sollen für folgende Maßnahmen verwendet werden:

- Ernährungsunterstützung für 600.000 Kinder mit Ernährungsproblemen oder risikogefährdender Unterernährung im Alter unter fünf Jahren.
- Frühstücksvorsorgung von 2,6 Millionen Kindern im schulischen Primar- und Sekundarstufenbereich, die aus als arm eingestuften Familien stammen.
- Fortsetzung des Ernährungsprogramms 'Ein Glas Milch' und Unterstützung der ca. 10.000 öffentlichen Küchen und der karitativen mütterlichen Selbsthilfeeinrichtungen einschließlich komplementärer Ernährungs- und Säuglingsnahrungsunterstützung.

- Zwei Milliarden Soles (ca. 750 Millionen US-Dollar) zum Bau, der Wiederherstellung und Ausrüstung von Klassenzimmern und von Krankenposten. Hier sollen zusätzliche 12.000 Klassenzimmer für ca. drei Millionen Schulpflichtige, 500 Gesundheitszentren und 750 Krankenposten geschaffen werden.
- Ziel ist es, die Analphabetenrate bis zum Jahr 2000 von derzeit durchschnittlich elf auf neun Prozent zu reduzieren.
- Ausdehnung der flächendeckenden Wasserversorgung von derzeit 64 auf 80 Prozent der Bevölkerung und der Abwasserentsorgung von 60 auf 75 Prozent.

Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit

Laut Angaben des Arbeitsministeriums für 1996 haben von der ökonomisch aktiven Bevölkerung nur 50 Prozent einen adäquaten, vollwertigen Arbeitsplatz. Von den restlichen 50 Prozent sind 43 Prozent unterbeschäftigt und sieben Prozent arbeitslos.

Besonders die Jugendlichen sind von der Arbeitslosigkeit, die nach inoffiziellen Schätzungen höher ist, als die offiziellen Angaben wahrhaben wollen, überproportional betroffen. Die Unterbeschäftigung beträgt 50 Prozent, die Arbeitslosigkeit zehn Prozent, und nur 40 Prozent verfügen über einen vollwertigen Arbeitsplatz.

Von Juli 1990 bis April 1997 sind nach Angaben der peruanischen Zentralbank in den Bereichen Industrie und Handel die Beschäftigungsindizes um 26 Punkte zurückgegangen. Der geringste Verlust wurde im Bereich der Dienstleistungen festgestellt, der lediglich einen Rückgang von neun Punkten verzeichnete.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums ist fast die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung unterbeschäftigt und arbeitet weniger als 35 Stunden in der Woche. Umfragedaten, die im Juli 1997 für die Metropole Lima erhoben wurden, besagen, daß mehr als 50 Prozent der Haushalte über ein Monatseinkommen von weniger als 76 US-Dollar pro Kopf verfügen und daß in 60 Prozent der Haushalte wenigstens eine Person nur über Gelegenheitsarbeit zum Einkommen beiträgt. Die Bewertungskriterien für die urbane Unterbeschäftigung sind die folgenden: ein Monatseinkommen pro Person von weniger als 170 US-Dollar und eine Wochenarbeitsstundenzahl von weniger als 35 Stunden.

Das Nationale Statistische Institut INEI hat für 1996 festgestellt, daß nur 48 Prozent der urbanen Arbeiter aufgrund eines Arbeitsverhältnisses entlohnt werden. 30 Prozent der urbanen Arbeiter arbeiten ohne Arbeitsvertrag, 40 Prozent der Arbeiter sind als Selbständige tätig. Von ihnen arbeiten 60 Prozent in Kleinstunternehmen in den Bereichen Handel und Dienstleistungen – Bereiche, die durch das niedrige Ausbildungsniveau der Beschäftigten nur über eine geringe Produktivität verfügen.

Die Sektoren Kleinstunternehmen und Agrarwirtschaft, die für Armut und geringes Ausbildungsniveau charakteristisch zu sein scheinen, sind die beiden Sektoren, die laut ILO-Angaben über das größte Arbeitsplatzschaffungspotential verfügen. Zur Aktivierung dieses Potentials im urbanen Kleinstunternehmenssektor bedarf es neben einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum von sechs Prozent und einer Reorientierung der Arbeitsplatzfördermaßnahmen (Aus- und Weiterbildung, finanzielle Investitionsanreize etc.) einer Investition von 830 US-Dollar zur Schaffung eines Arbeitsplatzes. Im Agrarsektor wird lediglich von einem nachhaltigen Wachstum von vier bis fünf Prozent ausgegangen und einer Investition, die unter dem Betrag für den urbanen Mikrounternehmensbereich zur Schaffung eines Arbeitsplatzes liegt.

Kinderarbeit

In einem Bericht, den das Sozialforschungsinstitut Cuanto und UNICEF vorstellten, wird die Relation von Armut und verstärkter Kinderarbeit in Peru bestätigt. Aus dem Zahlenmaterial geht hervor, daß in Peru etwa 1,17 Millionen Kinder im Alter von sechs bis 17 Jahren arbeiten. Dies entspricht 16,5 Prozent aller Peruaner in der Altersklasse. Dieser Altersgruppe gehören Kinder und Jugendliche an, die ausschließlich arbeiten (5,1 Prozent), die sich ausschließlich dem Lernen widmen können (77,4 Prozent), die arbeiten und lernen (11,5 Prozent) und die weder das eine noch das andere machen (sechs Prozent).

Je niedriger die Einkommensklasse ist, desto größer ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die einer Arbeit nachgehen müssen. So ist der Anteil bei den Kindern und Jugendlichen von sechs bis 17 Jahren aus armen Familienverhältnissen mit 63,9 Prozent derer, die arbeiten und lernen, und 65 Prozent, die nur arbeiten, besonders hoch. Etwa 50 Prozent aller Peruaner sind als arm zu bezeichnen. Bei Kindern und Jugendlichen aus extrem armen Einkommensverhältnissen – etwa 21 Prozent aller Peruaner gelten als extrem arm – liegt der Prozentsatz derer, die arbeiten und lernen, bei 35,5 Prozent. Der Anteil derer, die ausschließlich arbeiten, liegt bei 40,2 Prozent.

Die Erwerbsarbeit läßt oft keine Zeit, um eine öffentliche Schule zu besuchen, so daß wesentliche Voraussetzungen zur Verbesserung der sozialen Lage durch Schaffung von Qualifikation fehlen. Die Zahlen sind in der Tat alarmierend und bestätigen wie in anderen Bereichen die absolute Priorität von Maßnahmen im Erziehungswesen als Ansatzpunkt für eine Armutsbekämpfung und die Eröffnung von Entwicklungsperspektiven.

Allein in Lima ist in den vergangenen zwei Jahren die Kinderarbeit der Altersklasse zwischen sechs bis 17 Jahren nach Angaben von Cuanto von 8,7 Prozent auf zwölf Prozent der arbeitenden Bevölkerung angestiegen. In der Metropole gibt es demnach 358.000 Kinder und Jugendliche, die ausschließlich arbeiten, davon 170.000, die mehr als 35 Wochenstunden einer Erwerbsbeschäftigung nachgehen.

Dr. Joachim Roth ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peru